

Titel:

**Das Potential eines Rapiden Politikwechsels in Anbetracht der
Debatte um den Klimawandel im Sommer 2019**

von Simon Raulf

**Intitut für Politikwissenschaft und Japanologie
Lehrbereich: Regierungslehre und Policyforschung**

**an der
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg**

30.09.2019

Gliederung

1.	Einleitung.....	1
2.	Rapide Politikwechsel als Bruch mit dem „Mainstream“.....	3
2.1	These des rapiden Politikwechsels.....	4
2.1.1	Deep core beliefs, policy beliefs, secondary aspects.....	8
2.1.2	Abweichung vom Status Quo und der Faktor Zeit	9
2.2	Theoretischer Anknüpfungspunkt: Die Multiple-Streams-Analyse	11
2.2.1	Problem-, Politics- und Policyströme.....	12
2.2.2	Politische Unternehmer und das "Window of Opportunity"....	13
3.	Voraussetzungen eines rapiden Politikwechsels in der Klima-Politik vor dem Hintergrund der Klimadebatte im Sommer 2019.....	14
3.1	Multiple-Streams-Analyse.....	14
3.2	Rapide Politikwechsel.....	16
4.	Ausblick/Fazit: Besteht die Möglichkeit eines rapiden Politikwechsels?	20
5.	Literaturverzeichnis.....	21
6.	Selbstständigkeitserklärung.....	24

1. Einleitung

Der Klimaschutz ist das innenpolitische Topthema des Sommers 2019. Während Meteorologen von purzelnden Klimarekorden berichten, Aktivisten für den Erhalt des Hambacher Forst protestieren und Schüler freitags für eine konsequentere Klimapolitik streiken, kann folglich auch die Politik dieses wiederkehrende Themen nicht ignorieren. Die Forderung nach Klima- und Umweltschutz ist keineswegs neu, stehen sie doch spätestens seit den 1980ern regelmäßig auf der Tagesordnung der Politik. In den letzten Jahren wirkte deren Relevanz, abgesehen von kurzfristigen Schlaglichtern wie dem Übereinkommen in Paris 2017, allerdings untergeordnet. Die dauerhafte Krise der EU in ihrer Uneinigkeit im Umgang mit Migration, die in Teilen auch eine Folge von Klimaveränderungen ist, der Brexit sowie unilaterale Alleingänge in der internationalen Wirtschaftspolitik, überschatteten den schwelenden Konflikt ums Klima.

Umso bemerkenswerter ist es, dass die 16-jährige Greta Thunberg und ihre Anhänger mit ihrem Protest gegen die Untätigkeit der Politik gegen den Klimawandel den politischen Diskurs dominieren können. Gab es doch seit dem angekündigten Ausstieg aus dem Pariser Abkommen durch die USA und Brasilien wiederholt Anlass, die Klimapolitik oben auf die Agenda zu setzen. Der Zeitgeist der protestierenden Jugendlichen äußert sich in den Slogans wie „Wir sind hier, wir sind laut, weil ihr uns die Zukunft klaut“ oder „There is no Planet B“, die bei den wöchentlichen Demonstrationen von Fridays for Future propagiert werden. Die dystopische Zukunftserwartung führt zu einer Mobilisierung einer Generation, die in den Feuilletons gerne als unpolitisch bezeichnet wurde und hat den Konflikt ums Klima gleichzeitig zu einem Generationenkonflikt gemacht.

Gerade dieses Momentum, personifiziert durch die 16-jährige Greta Thunberg, hat dazu geführt, dass sich Vertreter aller Parteien, mit Ausnahme der AfD, die als einzige Partei des Bundestags den menschengemachten Klimawandel anzweifelt, als Reaktion auf die Proteste hinter einem wagen Bekenntnis zu mehr Klimaschutz versammeln. Der Wille zu Reformen beruht jedoch nicht nur auf von der Jugend inspiriertem Idealismus. Der Wunsch nach einem Strukturwandel in der Energiepolitik gekoppelt an die Klimapolitik trägt auch die Hoffnung auf Innovation und ökonomischem Aufschwung in Zeiten wirtschaftlichen Abschwungs in sich (SPIEGEL 28.08.2019, Deutsche Welle 12.06.2019).

Ähnlich wie nach der Katastrophe in Fukushima 2011, die den Anstoß für den Ausstieg aus der Atomenergie in Deutschland gab, scheint es derzeit erneut eine unvorhergesehene Bereitschaft zu

strukturellen Umbrüchen zu geben. Der rabiante Wechsel in der Energiepolitik im Jahr 2011 wird von Friedbert W. Rüb als Beispiel eines *rapiden Politikwechsels* bezeichnet. Die Politikwissenschaft kann solche Ereignisse, ebenso wie die Popularität Greta Thunbergs, nicht vorhersagen, allerdings lassen sich mit Rübs Ansatz, unerwartet wirkende Politikwechsel mit großen Folgen beschreiben und erklären. In der folgenden Arbeit soll sein Konzept zur Analyse der gegenwärtigen Situation in Deutschland darauf geprüft werden, ob die derzeitige Klimadebatte das Potential für einen rapiden Politikwechsel hat.

2. Rapide Politikwechsel als Bruch mit dem „Mainstream“

Rübs Theorie des rapiden Politikwechsels ist in der Forschung nicht unumstritten. Zentral geht er von der These aus, dass die Politik in der Bundesrepublik Deutschland von rapiden Politikwechseln geprägt ist. Rapide Politikwechsel beschreiben grundlegende Neuerungen in einem Politikfeld, die dadurch gekennzeichnet sind, dass sie schnell und umfassend umgesetzt werden. Als Beispiel nennt Rüb die Abschaffung der Wehrpflicht, die Einführung des Mindestlohns oder die Energiewende nach der Atomkatastrophe in Fukushima 2011 (Rüb 2014: 9).

Umstritten ist der Ansatz deswegen, weil er einen Gegenentwurf zu bewährten Policy-Analysen zur Beschreibung des politischen Systems in Deutschland ist. Bisher konkurrierten vor allem zwei Theorien um die Deutungshoheit in der Vergleichenden Politikwissenschaft. Dies ist zum einen die Pfadabhängigkeit, die besagt, dass der Inhalt der Politik vor allem durch Institutionen und Gesetze vorgeprägt ist. Ist ein Pfad einmal eingeschlagen, kann dieser nur noch in einem beschränkten Rahmen verändert werden. Daraus folgt eine Politik der „kleinen Schritte“, die eine Kontinuität im Regierungshandeln zur Folge hat (Gerschewski 2016: 237ff.). Der zweite Ansatz, die Parteidifferenzhypothese, macht Regierungswechsel hauptverantwortlich für inhaltliche Politikwechsel. Parteien versuchen sich vor Wahlen als Regierungsalternativen zu präsentieren und stellen dafür ein Programm auf, welches sich deutlich von dem der bestehenden Regierung unterscheidet. Findet der Regierungswechsel nach der Wahl statt, besteht für die neue Regierung die Möglichkeit die Politik in den Ressorts neu auszurichten (Rüb 2014:10).

Beide Theorien erwecken den Eindruck eines bewährten Musters des Regierungshandelns im politischen System der Bundesrepublik. Rüb kritisiert den „Mainstream der Politikwissenschaft“ dafür, der sich beide Thesen zu Grundlage nimmt (ebd. 9f.). Die Kontinuität verwirft Rüb zugunsten seiner These, dass Beispiele wie der Mindestlohn oder der Atomausstieg einen umfassenden Wandel in ihrem Politikbereich hervorgerufen haben, der weder durch eine Politik der kleinen Schritte, noch durch einen Regierungswechsel erklärt werden kann. Rüb öffnet viel mehr eine neue Perspektive, der Faktoren wie Zeit und Zufall innerhalb einer komplexen gesellschaftlichen und politischen Wirklichkeit berücksichtigt. Darüber hinaus stellt er die These auf, dass die Häufigkeit rapider Politikwechsel die Agenda der Regierung in der Bundesrepublik prägen und nicht langfristig angelegte Reformkurse oder die Regierungsprogramme der Parteien.

Bestärkt wird diese Betrachtung des politischen Systems von Karl-Rudolf Korte in „Risiko als Regelfall“, in dem er eine zunehmende Unberechenbarkeit politischer Themen ausmacht, die an eine Individualisierung der Bevölkerung anknüpft, die sich bei ihrer Wahlentscheidung immer mehr

von Parteien und deren Programm lösen. Darauf basierend, versucht er sich an einem strategischen Ansatz im Umgang mit wiederkehrenden Extremsituationen in der Politik, die eine neue „Fähigkeit zur Antizipation von Erwartungssicherheit“ erfordert (Korte 2011: 465). Korte verwendet für diese neue Herausforderung die Bezeichnung der „Rasanz der externen politischen Schocks“, die wie beim Ansatz des rapiden Politikwechsels auf Geschwindigkeit und begrenzter Planbarkeit in der Politik abzielt.

2.1 These des rapiden Politikwechsels

Die These, dass der Taktgeber der Politik primär durch zum Teil unvorhergesehene Entwicklungen und Ereignisse in Gesellschaft, Umwelt oder der internationalen Politik bestimmt wird, steht im Kontrast zu einer Politik der langfristigen Planung und der kleinen Schritte, wie sie von der Politik in Partei- und Wahlprogrammen oder Regierungserklärungen kommuniziert wird, um Verlässlichkeit und Kompetenz zu vermitteln. Die verbreitete Annahme, Politik sei in der Bundesrepublik geprägt durch einen wiederkehrenden Zyklus des Inkrementalismus aus Reformstau und langwierigen Aushandlungsprozessen, die eine Pfadabhängigkeit über Legislaturperioden voraussetzt, stößt sich an der Realität. Regierungen müssen täglich auf sich verändernde Szenarios und Ereignisse reagieren und ihren Kurs daran anpassen. Die Einführung des Mindestlohns, die Abschaffung der Wehrpflicht sowie der Atomausstieg nach der Katastrophe in Fukushima sind Beispiele, die die Regelmäßigkeit des „Ausnahmefalls“ belegen. Dabei fielen alle Ereignisse in einen Zeitraum, indem die CDU/CSU in wechselnden Koalitionen mit der SPD und der FDP die Regierung unter der Kanzlerschaft Angela Merkels stellen konnte. Sowohl in der Großen Koalition mit der SPD (2005–2009; 2013–2017) als auch mit dem Juniorpartner FDP (2009–2013) war die CDU/CSU immer der deutlich stärkere Koalitionspartner. Die Beispiele untermauern den Ansatz, dass umfassende Politikwechsel stattfinden, ohne einen Bruch in Form eines Regierungswechsels oder Kontinuität durch langfristige Programme vorweisen zu müssen.

Typischen Kennzeichen des politischen Systems der Bundesrepublik spielen dabei eine untergeordnete Rolle, prägen sie doch normalerweise das politische Tagesgeschäft. Diese umfassen erstens eine hohe Anzahl an Veto-Spielern, die die Komplexität eines Gesetzesvorhaben deutlich erhöhen, da viele Akteure berücksichtigt werden müssen. Zweitens müssen unterschiedliche Mehrheitsverhältnisse in Bundesrat und Bundestag berücksichtigt werden. Drittens haben Interessenverbände und Gewerkschaften einen starken Einfluss und spielen damit eine Rolle bei der Gesetzgebung, auch wenn sie daran nicht direkt beteiligt sind. Der letzte Punkt ist die strategische Ausrichtung der Parteien an der Mehrheit der Wähler, da dies die Chance eines guten Abschneidens

bei der nächsten Wahl erhöht. Dies verhindert Klientelpolitik und einseitige Policy-Entscheidungen (Rüb 2014: 12ff., Tsebelis 2002).

Die Atomkatastrophe von Fukushima 2011 hat im Besonderen die Auswirkung eines einzelnen unvorhersehbaren Ereignisses aufgezeigt, und deren Folgen für die Innenpolitik auf der anderen Seite des Globus. Der Unfall in einem japanischen Kernreaktor führte zu einer wiederbelebten Debatte über die Sicherheit der Atom-energie, die letztendlich zum Ausstieg aus der Atomenergie in Deutschland führte. Dieser externe Schock eröffnet die Möglichkeit eines Politikwechsels neuer Qualität, den Rüb wie folgt charakterisiert:

„A momentum is defined as a situation in which a chance or possibility arises, which is brought about by institutional factors of the political regime or by external factors. It is similar to a ‘window of opportunity’, but a ‘momentum’ is more specific. It is a situation of discontinuity, in which the normal flow of time is interrupted by a specific event and in which time is compressed (Rüb 2016:59).“

Der direkte Zusammenhang der Atomkatastrophe in Fukushima mit dem deutschen Atomausstieg wird in der Studie über die mediale Berichterstattung nach Fukushima von Weiß et al. (2014) dargestellt. Der Studie ist zu entnehmen, wie sehr die Debatte nach Fukushima an Fahrt gewann und die Politik unter Handlungsdruck setzte. Bemerkenswert ist auch die Geschwindigkeit, in der die Bundesregierung eine 180-Gradewende in der Energiepolitik vollzogen hat. Die Katastrophe in Fukushima war am 11. März 2011. Am 30. Juni 2011, nicht einmal 4 Monate später, beschloss der Bundestag den Atomausstieg im 13. Gesetz zur Änderung des Atomgesetzes, in dem die Auslaufzeiten der einzelnen Atomkraftwerke in der Bundesrepublik festgelegt sind und revidierte eine erst im Oktober 2010 beschlossene Laufzeitverlängerung der Atomkraft (Bundesgesetzblatt 11: 1704).

Das „momentum“ als Bruch mit dem normalen zeitlichen Ablauf innerhalb der Politik, ist die Besonderheit der politischen Reform, die am Beispiel des Atomausstiegs deutlich wird, und unterscheidet rapide Politikwechsel von herkömmlichen „Policy-Variationen, die zum politischen Tagesgeschäft gehören“ (Rüb 2014: 10). Sie sind „rapide“, zum einen in der Geschwindigkeit ihrer Umsetzung, zum anderen in ihrem Umfang. Dies erschwert eine Einschätzung der Tragweite und langfristigen, auch unintendierten Folgen. Bei der akuten Entscheidung sind langfristige Folgen für die Zukunft zurückgestellt, da sie spontane und direkte Reaktionen auf gesellschaftliche, ökologische oder politische Ereignisse sind. Dies erfordert eine höhere Vermittelbarkeit der

Entscheidung gegenüber Bürgerinnen und Bürgern, der Wirtschaft, Interessengruppen und nicht zuletzt der eigenen Partei. Ein rapider Politikwechsel geht daher mit einem hohen Risiko auf unterschiedlichen Ebenen einher (ebd.: 10f.).

In liberalen Demokratien ist jedoch nicht ausgeschlossen, dass sich Parlamentsmehrheiten, Einstellungen in der Bevölkerung und damit auch Verschiebungen innerhalb von Parteien vollziehen. So könnte der These gefolgt werden, dass sich die CDU unter Angela Merkel traditionell „linken“ Positionen genähert hat, um sich den mehrheitsfähigen Einstellungen der Bevölkerung anzuschließen, in der Hoffnung, sie als Wähler gewinnen zu können und die eigene Macht perspektivisch zu sichern. Die stetige Aktualisierung der eigenen Position ist ein fortlaufender Prozess, im Sinne einer Anpassung des Weges innerhalb der Pfadabhängigkeit der Politik. Demnach wäre dieser Richtungswechsel auf bestimmten Politikfeldern als einfacher Politikwechsel zu verstehen, der sich an mehrheitsfähige Stimmungen in der Bevölkerung anpasst (Schmidt 2012). Diese Herangehensweise scheint auf den ersten Blick bei den genannten Beispielen Mindestlohn, Wehrpflicht und Energiewende nicht abwegig und widerspricht der Besonderheit eines rapiden Politikwechsels.

Aufgrund des radikalen Bruchs mit der bisherigen Ansätzen zur Policy-Analyse scheint es daher sinnvoll, die genannten Beispiele (Mindestlohn, Atomausstieg) auf die Kriterien des rapiden Politikwechsels kritisch zu prüfen. Vor allem im Hinblick darauf, dass Rüb diesen politischen Ausnahmefall zur einer Konstante der deutschen Politik macht. Der Mindestlohn und der Atomausstieg können per Definition zunächst als rapide Politikwechsel bezeichnet werden, da sie einen grundlegenden Bruch mit der bisherigen politischen Agenda der CDU-geführten Bundesregierung und eine umfassende Veränderung im Politikfeld der Wirtschafts- und der Energiepolitik bewirkten.

In beiden Fällen lassen sich aber auch Argumente gegen Rüb's Theorie finden. So war die Umsetzung des Mindestlohns zwar ein schneller und grundlegender Wechsel der Arbeitsmarktpolitik. Die Umsetzung der Agenda 2010 mit Deregulierung und Flexibilisierung des Arbeitsmarkts war vor allem eine Reaktion auf eine hohe Arbeitslosigkeit und globaler Standortkonkurrenz. Der Mindestlohn kann demnach als Zäsur einer neoliberalen Wirtschaftspolitik gelten. Bei der Betrachtung des Wegs, den die Forderung des Mindestlohns zurückgelegt hat, fällt es jedoch schwer von einer spontanen politischen Reaktion zu sprechen. So startete der Deutsche Gewerkschaftsbund schon 2007 eine Kampagne mit dem Titel „Deutschland braucht den

Mindestlohn“ (Webseite DGB). Dementsprechend ging der Forderung nach einem allgemeinen Mindestlohn eine zehnjährige Kampagne voraus, die über die Gewerkschaften den Weg zu den Parteien und letztendlich 2017 in ein Gesetz gefunden hat.

Ähnlich Argumente lassen sich beim Atomausstieg aufführen. Schließlich blickt die Anti-Atomkraft-Bewegung in Deutschland auf eine lange Geschichte zurück, deren Vertreter sich im Bundestag institutionalisiert in Form der Partei Bündnis 90/Die Grünen wiederfinden (vgl. Muno 2010: 350f.). Die Bundesregierung (1998–2005), bestehend aus der Koalition aus SPD und Grünen, vereinbarte mit den Energieversorgungsunternehmen schon am 14. Juni 2000, dass „die künftige Nutzung der vorhandenen Kernkraftwerke zu befristen [ist]“ (BMU). Dort wurde sich nachdrücklich zu einem Atomausstieg bekannt. Umgesetzt wurde dieser mit der Änderung des Atomgesetzes als sogenannte Energiewende 2011, die das erklärte Ende der Atomenergie in Deutschland besiegelt (Bundesgesetzblatt 11: 1704). Zwar war der Anlass hierfür die Atomkatastrophe in Fukushima, die Forderung nach einem Atomausstieg kursierte aber schon länger im politischen Diskurs.

Trotz der Argumente gegen rapide Politikwechsel, verstanden als „einen schnellen und umfassenden Wechsel in der Policy“ eines Politikfelds, scheinen die herkömmlichen Herleitung eines Politikwechsels die Tragweite sowie die Dimension Zeit nicht in dem Maße fassen zu können, wie er sich in den aufgeführten Beispielen ausgewirkt hat (Rüb 2014: 15f.). Es bleibt dennoch zunächst offen, was mit „umfassend“ gemeint ist. Der Schlüssel zum Verständnis der Unterscheidung zwischen einer gewöhnlichen Policy-Veränderung und eines rapiden Politikwechsels liegt in der hierarchischen Unterscheidung von deep core beliefs, policy beliefs und secondary aspects als Entscheidungsparameter in Parteien und Regierungen.

2.1.1. Deep core beliefs, policy beliefs, secondary aspects

Policy-Veränderungen lassen sich im Hinblick auf drei Ebenen betrachten, die hierarchisch gegliedert sind: deep core beliefs entsprechen Ideologien und Weltanschauungen und bilden die Grundlage der politischen Ausrichtung des Akteurs. Sie können sich zum Beispiel an Konfliktlinien wie Staat und Markt aus, Stadt und Peripherie, etc. ausrichten. Davon ausgehend bilden sich policy beliefs. Sie sind die ausformulierte Agenda der deep core beliefs zum Beispiel in Form von Politikprogrammen. Ein aktuelles Beispiel wäre die geplante Steuerreform von Bundesfinanzminister Olaf Scholz, die auf deep core beliefs der Sozialdemokratie fußt, die einen regulierenden Eingriff des Staates in den Markt mit dem Ziel einer Umverteilung befürwortet. Die unterste Ebene, die

secondary aspects, bezeichnen eine spezifische Anpassung der Gesetze an die beiden übergeordneten Ebenen (Rüb 2014: 16f.). Dies wäre im genannten Beispiel ein erhöhter Spitzensteuersatz.

Ein Politikwechsel liegt dann vor, wenn die obersten zwei Ebene, deep core beliefs und policy beliefs, einer maßgeblichen Veränderung unterliegen. Damit wird nicht nur eine Anpassung der politischen Agenda, sondern deren Grundlage verändert, was weit-reichende Folgen für die Ausrichtung des politischen Kurses hat. Wird Politik als langfristiger Prozess der kleinen Schritte, des Konsens und unter Berücksichtigung vielfältiger Akteure, wie Verbände oder Koalitionspartner gesehen, lässt sich auch die Tragweite einer solchen Veränderung nachvollziehen. Politische Bündnispartner sowie das Umfeld müssen von der Transformation des eigenen Glaubenssatzes überzeugt werden. Dies erfordert Überzeugungskraft innerhalb der eigenen Partei, gegenüber den Wählern, als auch gegenüber Verbänden (Rüb 2014: 19).

2.2.2 Abweichung vom Status quo und der Faktor Zeit

Zwei Faktoren nehmen bei der Einführung des Konzepts des rapiden Politikwechsels einen hohen Stellenwert ein und unterscheiden sie von regulären Politikwechseln. Das ist zum einen die Abweichung vom Status Quo und zum anderen die Zeit (Rüb 2014: 17). Die Abweichung vom Status Quo, die sich in die drei bereits genannten Ebenen (deep core beliefs, policy beliefs und secondary aspects) untergliedert, lässt eine Einschätzung des Umfangs der politischen Reform zu. Ein rapider Politikwechsel liegt vor, wenn sowohl der Umfang der Policy-Variation erheblich vom Status Quo abweicht als auch deren Geschwindigkeit signifikant ist. Der rapide Politikwechsel steht als Gegenbegriff zur inkrementalen Policy-Veränderung, die den Normalfall des politischen Betriebs beschreibt (Rüb 2014: 18). Die Unvorhersehbarkeit von Krisen erfordert von der Politik „stets das Überraschende zu erwarten“ (Korte 2011: 467). Dies erfordert vor allem von der Regierung und seinen Ministerien im Ausnahmefall „Politikvermittlung und Planung“ miteinander zu verbinden (ebd.).

Der Faktor Zeit in der Politik bringt weitreichende Probleme mit sich. Eine globalisierte Welt, deren Ereignisse extern auf das politische System einwirken und in Wechselwirkung zueinander stehen, sowie die Digitalisierung in Form von sozialen Medien, die eine permanente Erreichbarkeit der Politik für die Öffentlichkeit ermöglicht, haben die Dynamik des politischen Tagesgeschäfts erhöht (vgl. Rüb 2016: 57). Moderne politische Systeme stehen vor der Herausforderung, komplexere

Zusammenhänge in kürzerer Zeit zu bearbeiten. Die benötigte Zeit, um Fachwissen, Beratung und Austausch zu ermöglichen, existiert aber faktisch nicht mehr. Eher scheint es so, als würde mehr Zeit benötigt, um adäquat reagieren zu können und alle Informationen zu verarbeiten. Der private Sektor in Wirtschaft und Technik ist der Politik immer einen Schritt voraus. Die Reduzierung der Zeit in der politischen Entscheidungsfindung birgt die Gefahr, demokratiethoretische Mängel hervorzubringen (Laux/Rosa 2009: 550). Die Entscheidungen finden in einem Umfeld statt, das aus einem „Komplex bürokratischer, rechtlicher und demokratischer Politikprozesse [besteht], die in relativ kontingenter Weise in gleicher, entgegengesetzter oder überkreuzender Richtung verlaufen können“ (Merkel/Schäfer 2015: 221). Wenn das Turboregieren aufgrund der aufgeführten Umstände zum Normalfall geworden ist, müssen Entscheidungen in kürzester Zeit verbindlich getroffen und kommuniziert werden. Dies stellt das politische System vor neue Herausforderungen. So besteht die Notwendigkeit auf ökonomische, ökologische und soziale Ereignisse schnell reagieren zu müssen, was voraussetzt, dass dessen Relevanz, Tragweite und Auswirkungen richtig eingeschätzt werden können (ebd.: 219). Hinzu kommt, dass die Medien als Transmissionsriemen zwischen Politik und Gesellschaft ebenfalls einem gewaltigen Informations- und Sensationsdruck ausgesetzt sind. Anstatt mit einer vorbereiteten Pressemitteilung nach ausführlicher Beratung reagieren zu können, besteht die Erwartung, dass Regierungsverantwortliche rund um die Uhr verfügbar sind und Stellung beziehen.

Eine Reaktion der Politik auf die erhöhte Geschwindigkeit ist eine Verschiebung hin zur Exekutive auf Kosten der Legislative (ebd.: 226). Durch ein Mehrebenensystem wie der Europäischen Union oder internationalen Zusammenhängen wie der WTO wird die Exekutive aufgewertet. Den nationalen Parlamenten steht zum Teil nur noch die Aufgabe der Bestätigung der Entscheidung der Regierung zu. Dadurch verschiebt sich der Schwerpunkt der politischen Entscheidung heraus aus dem zentralen Verfassungsorgan, in dem Gesetzesvorhaben in der Regel diskutiert, beraten und verändert werden können. Auch Klaus von Beyme stellt einen „Niedergang“ der Kontrollfunktion des Parlaments fest. Dies äußert sich im Erstarken wissenschaftlicher Beratungsgremien, die der Exekutive zuarbeiten, als auch in einer „Politikformulierung“ durch die Medien (von Beyme 2010: 276). Hier erscheint der Faktor Zeit wieder als demokratiethoretisches Problem auf Kosten von Kontrollaufgaben der Legislative und normativen Ansprüchen der Demokratie, „nämlich die gleiche Teilhabe potenziell aller Bürgerinnen und Bürger an der kollektiven und verbindlichen Willensbildung und Entscheidungsfindung“ zu garantieren (Merkel/Schäfer 2015: 221).

Merkel und Schäfer weisen darauf hin, dass „Zeitnot als funktionaler Herrschaftsdruck zur Durchsetzung bestimmter Entscheidungen [von der Exekutive] benutzt und inszeniert“ werden kann (ebd.: 227). Die Unterschiedlichkeit zeitlicher Abläufe in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft sei jedoch nicht das Hauptproblem, sondern das oben beschriebene Mehrebenensystem als Folge einer „Entgrenzung von Märkten und Politik“ (Merkel/Schäfer 2015: 234).

Entscheidungen unter Zeitdruck sind für den modernen parlamentarischen Betrieb der Regelfall. Die Entwicklung eines arbeitsteiligen Parlament mit Berufspolitikern und Politikberatung ist eine Folge dessen. Es ist schlichtweg nicht mehr möglich, dass sich jeder Abgeordnete intensiv mit jedem Thema auseinandersetzen kann, über das im Parlament abgestimmt wird. Hierfür gibt es Ausschüsse, spezialisierte Referenten und die Möglichkeit Expertise von außen, zum Beispiel von Stiftungen oder der Politikberatung einzuholen. Es gibt jedoch Momente, in denen der Input vom Parlament aufgrund einer größeren Reichweite und Dringlichkeit der Entscheidung nicht fachgerecht verarbeitet werden kann. Dabei entsteht die Gefahr, dass ohne hinreichende Kenntnis des Problems und ohne ausgewogene Abwägung der Folgen abgestimmt werden muss (vgl. Merkel/Schäfer 2015: 225).

2.2 Theoretischer Anknüpfungspunkt: Die Multiple-Streams-Analyse

Anschluss findet die Theorie des rapiden Politikwechsels an die Multiple-Streams-Analyse von John W. Kingdon (1984), die auf mehreren Ebenen die Frage untersucht, wann und wie Themen auf die politische Agenda kommen. Mit seiner Hilfe können komplexe Mehrebenensysteme sowie der Faktor des Zufalls in die Analyse miteinbezogen werden (Rüb 2015). Politische Unternehmer konkurrieren dabei um die Aufmerksamkeit der Politik und versuchen ihre Agenda auf der politischen Tagesordnung zu platzieren. Dafür versuchen sie aktiv drei Ströme miteinander zu verbinden, sodass sich ein Fenster, das sogenannte Window of Opportunity öffnet. Themen, die von der Politik bearbeitet werden, sind somit eine Folge kontinuierlicher Politikberatung und eines aktiven Agenda-Settings, welches trotzdem abhängig von seiner Umwelt ist. Fallen Zeitfenster und politischer Druck zusammen, öffnet sich das Fenster, um Themen auf die Agenda zu setzen. Auf dieser Grundlage lässt sich erklären, wie Themen den Weg in die politische Bearbeitung gefunden haben.

2.2.1 Problem-, Politics- und Policyströme

Der Multiple-Streams-Ansatz geht von drei zeitgleich existierenden Strömen aus. Die drei Ströme heißen Problem-Strom, Politics-Strom und Policy-Strom.

1. Der Problem-Strom beschreibt alle Problemlagen und Themen, die in der Politik und in der Gesellschaft diskutiert werden. Deutlich werden sie meist, indem sie in der Presse, anderen Medien oder von Interessengruppen artikuliert werden. Diese Themen werden von der Politik mit Unterstützung der Wissenschaft aufgenommen und bearbeitet. Die angesagten Themen wandeln sich dabei stetig und sind abhängig von externen Faktoren, sogenannten Focusing Events. Diese beeinflussen die Wichtigkeit eines Themas im gesamten Strom. Fischer weist darauf hin, dass extreme Wetterereignisse in der Energie- und Klimapolitik die nötige Öffentlichkeit herstellen können (2014: 57).
2. Der Policy-Strom beschreibt den Strom der Lösungsvorschläge für politische Probleme. Hier werden Ideen und Konzepte erarbeitet, die zur Lösung gesellschaftlich relevanter Themen zur Verfügung stehen. Diese werden wiederum den politischen Akteuren angeboten, damit sie umgesetzt werden. In Deutschland wird der Policy-Strom zum Beispiel von parteinahen und unabhängigen Stiftungen, Instituten und wissenschaftlichen Organisationen bespielt. Aber auch Verbände und Interessengruppen konkurrieren zeitgleich um die Aufmerksamkeit der politischen Akteure auf spezifischen Politikfeldern (Fischer 2014: 58). Innerhalb dieser Netzwerke sind sogenannte policy entrepreneurs aktiv, deren Aufgabe es ist, ihren Lösungsvorschlag an das politische System zu vermitteln. Der Erfolg ist dabei von mehreren Faktoren abhängig: Über finanzielle Mittel kann die eigene Position beworben werden und die Nähe zu politischen Entscheidungsträgern ermöglicht einen direkten Zugang, kann aber auch „über den Umweg der Überzeugung der Öffentlichkeit oder des Netzwerks von der entsprechenden Idee geschehen“ (ebd.: 58). Weitere Faktoren sind die technische Umsetzbarkeit und normative Akzeptanz eines Lösungskonzepts. Bis es von der Idee zur politischen Umsetzung kommt, dauert es oft Jahre und setzt eine immer wiederkehrende Überarbeitung und Aktualisierung der Konzepte voraus. Erkennbar ist dies in der langjährigen Lobbyarbeit der Gewerkschaften beim Mindestlohn oder der Umsetzung der Energiewende, die an ein Energiekonzept geknüpft ist, was eine weitreichende Umstellung der Energieversorgung und Förderung erneuerbarer Energien mit sich bringt.
3. Der Politics-Strom beschreibt den politischen Betrieb allgemein mit seiner Machtverteilung in Organisationen und politischen Verbänden, der Regierung als auch den temporären

Zeitgeist. Kennzeichen dafür sind Verhandlungen und Austausch zwischen den Akteuren, um eine gemeinsame Position zu finden (Fischer 2014: 60). Auch innerhalb von Parteien wird die Position immer wieder neu ausgehandelt und ist Veränderungen unterlegen.

Die Politik kann nicht alle Themen, die im Problem-Strom gehandelt werden, und die Vielzahl an Policy-Optionen aus dem Policy-Strom berücksichtigen. Friedbert W. Rüb stellt fest, dass die „Logik des politischen Prozesses nicht in der Logik der Rationalität aufgeht“ (2009: 364). Die Abfolge der Bearbeitung von Themen durch die Politik verläuft nicht logisch, orientiert an der Dringlichkeit und der zur Verfügung stehenden Lösungsvorschläge, sondern ist von vielen Faktoren abhängig, die um die Aufmerksamkeit konkurrieren. Entscheidend ist die Frage, wann die drei Ströme aus der Multiple-Streams-Analyse verbunden sind und welche Akteure dafür verantwortlich sind.

2.2.2 Politische Unternehmer und das "Window of Opportunity"

In der Theorie öffnet sich das „Window of Opportunity“, wenn alle drei Ströme miteinander verbunden sind. In diesem Moment werden „aus Ideen plötzlich konkrete Vorschläge auf der Agenda“ (Fischer 2014: 61). Politische Unternehmer bemühen sich, die Ströme miteinander zu verbinden, um ihr Thema auf die Agenda zu bekommen. Sie stehen dabei im permanenten Wettbewerb mit anderen Politikunternehmern, die zum Teil entgegengesetzte Positionen vertreten und in den politischen Betrieb hineintragen wollen. Der Moment des Windows of Opportunity lässt sich weder genau planen noch vorhersagen, da er auch von externen Umweltfaktoren abhängig ist und aufgrund der Vielzahl von Problemen, der Geschwindigkeit sowie Vergänglichkeit politischer Aufmerksamkeit von kurzer Dauer sein kann. Für den politischen Unternehmer bedeutet dies, dass er langfristig auf die Durchsetzung des eigenen Interesses oder deren Interesse er vertritt, hinarbeiten muss, um das politische System zur Bearbeitung seines Themas zu bewegen.

Der Ansatz des rapiden Politikwechsels knüpft an die Multiple-Streams-Analyse an. Die drei Ströme, die politischen Unternehmer als auch das „Window of Opportunity“ stellen den theoretischen Hintergrund. Rübs Erweiterung und Ergänzung geht aber noch einen Schritt weiter und lässt, indem er den rapiden Politikwechsel zum häufig auftretenden Phänomen der bundesdeutschen Politik erklärt, eine Prognose unter der Berücksichtigung der genannten Faktoren zu. Im Folgenden soll festgestellt werden, ob sich auf Grundlage des Multiple-Streams-Ansatz ein

möglicher Politikwechsel in der Debatte um den Klimawandel anbahnt und ob dieser als rapider Politikwechsel beschrieben werden kann.

3. Voraussetzungen eines rapiden Politikwechsels in der Klima-Politik vor dem Hintergrund der aktuellen Klimadebatte

3.1 Multiple-Streams Analyse

Wendet man den Ansatz des rapiden Politikwechsels auf die derzeitige Debatte um den Kohleausstieg an, sollten zuerst die drei Ströme der Multiple-Streams-Analyse betrachtet werden. Der Problem-Strom wird von der Debatte um den Klimawandel und seinen Ursachen dominiert. Das als Schülerstreik gestartete Bündnis Fridays for Future konnte durch öffentlichkeitswirksame Demonstrationen und ein breites Bündnis aus Organisationen, Wissenschaft und Zivilgesellschaft ihr Thema in den Medien publik machen und im Anschluss daran im politischen Betrieb auf die Agenda setzen. Externe und unbeeinflussbare Faktoren wie Rekordsommer, Ernteausfälle sowie globale Auswirkungen des Klimawandels, wie zum Beispiel das Schmelzen von Gletschern, verstärken die Dringlichkeit und den Handlungsdruck auf die Regierung. Darauf reagierte die Bundesregierung im Oktober 2019 mit einem Klimaschutzprogramm, indem eine Verstärkung der Infrastruktur der Bahn sowie eine CO₂-Steuer beschlossen wurde (Klimaschutzprogramm der Bundesregierung). Eine Entspannung des außer-parlamentarischen Drucks ist jedoch nicht zu erkennen, da der Beschluss starker Kritik von Fridays for Future und Umweltverbänden ausgesetzt ist, die stärkere Eingriffe des Staates, zum Beispiel einen vorzeitigen Kohleausstieg, fordern.

Im Policy-Strom werden seit Jahren in Umweltinstituten Vorschläge für den Umstieg auf erneuerbare Energien und Alternativen zur Verwendung fossiler Brennstoffe entwickelt. Bereits 1987 reagierte die Politik auf die außerparlamentarischen Debatten um den Klimaschutz, konkret die CO₂-Reduzierung. Der Bundestag initiierte eine Enquete-Kommission „Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre“, 1990 bildete sich die interministerielle Arbeitsgruppe „CO₂-Reduktion“ (Böhler-Baedecker/Mersmann 2013). Der Kohleausstieg spielt auch nach dem Ausstieg aus der Atomenergie eine zentrale Rolle, da die Umsetzung der Energiewende nur „mit Einsparung, Effizienzsteigerung und Vermeidung fossiler Brennstoffe auf die Reduzierung von CO₂-Freisetzung“ umgesetzt werden kann (Bruhns/Keilhacker 2011). In der Veröffentlichung des Umweltbundesamts werden konkrete politische Strategien zu Klimaschutz und Kohleausstieg

genannt (Umweltbundesamt 2019). Zudem besteht eine Vermischung des Policy-Stroms mit dem Problem-Strom, da Wissenschaftler als Gruppe Scientists for Future sich den Forderungen von Fridays for Future angeschlossen haben und ihre Expertise zur Verfügung stellen (Scientists for Future 2019). In der Außenwirkung erhöht dies die Glaubwürdigkeit der Forderung des Bündnisses und verstärkt den Handlungsdruck auf politische Akteure.

Auch der Politics-Strom ist den Auswirkungen der Klimabewegung direkt ausgesetzt. Die hohen Umfragewerte der Grünen sowie die breite Zustimmung der Bevölkerung in Umfragen sorgen dafür, dass der Parteien gezwungen werden, sich zu den Forderungen der Aktivisten zu verhalten und diese nicht unbeantwortet zu lassen, da sie im Hinblick auf Wahlen an Stimmenmaximierung interessiert sind. Bei großem öffentlichen Druck kann es zu einer Anpassung „ihrer Programmatik an wandelnde bzw. gewandelte Normen und Präferenzen des Elektorats“ kommen (Rüb 2014: 31). Das Klimapakete sowie ein parteiübergreifendes Bekenntnis zu den Auswirkungen des Klimawandels sind ein Beleg dafür. Der Aushandlungsprozess unterliegt einem Handlungsdruck, der sich auch auf die Landtagswahlen in Sachsen und Sachsen-Anhalt ausgewirkt hat und dort eventuell zu einer Regierungsbeteiligung der Grünen führt. Offensichtlich hat sich ein „Window of Opportunity“ geöffnet, durch das die Themen Klimaschutz und Kohleausstieg auf die politische Agenda gesetzt werden konnten. Offen bleibt jedoch die Frage, wie lange die Zeitspanne öffentlicher Aufmerksamkeit sein wird und ob der Druck auf die Regierung groß genug ist, einen rapiden Politikwechsel in der Klima-politik zu forcieren.

Die verantwortlichen Akteure, die als politische Unternehmer ihre politischen Forderungen auf die Agenda setzen, sind bei der Debatte ums Klima vielfältig. Als Bewegung von unten kann das als Schülerprotest gestartete Protestbündnis Fridays for Future sowie Scientists for Future aufgeführt werden, die durch regelmäßige Demonstrationen und „Klimastreiks“ die Politik sowie öffentliche Aufmerksamkeit erreicht haben. Zudem gibt es eine Vielzahl von Umweltinstituten und Verbänden, die ähnliche Forderungen oder an klimapolitische Ziele geknüpfte Forderungen beitragen (siehe Webseite Scientists for Future Empfehlungen). Dabei lässt sich kein einzelner zentraler Akteur ausmachen. Die Besonderheit der derzeitigen Entwicklung spiegelt sich viel mehr in dem breit aufgestellten Bündnis der Klimabewegung wider, was den Umgang für Parteien erschwert, da sie sich nicht auf das Interesse ihres Wählmilieus konzentrieren können, sondern Forderungen in den politischen Betrieb integrieren müssen, die breite gesellschaftliche Schichten umfasst.

3.2 Rapide Politikwechsel

Die Aussprache der CSU für eine neue Klimapolitik und die Verabschiedung des Klimapakets auf Bundesebene sind ein Indiz dafür, dass sich die Agenda der Regierung, in der das Maßnahmenpaket ursprünglich nicht vorgesehen war, verschoben hat (Vitzthum 2019). Das Bekenntnis zu den Auswirkungen des Klimawandels und zu einer aktiven Politik auf mehreren Ebenen, um ihm zu entgegnen, stellt einen Bruch mit dem routinemäßigen politischen Betrieb der Regierung dar. Die Veränderungen umfassen mehrere Ressorts, wie Landwirtschaft-, Infrastruktur-, Energie- und Umweltpolitik des Bundes. Die Einführung eines erhöhten CO₂-Preises auf Benzin, Heizöl und Gas wird auch Auswirkungen auf die Wirtschaftspolitik haben (Klimaschutzprogramm der Bundesregierung). In das Klimaschutzprogramm der Bundesregierung fließen Reformideen ein, die zuvor im Policy-Strom erarbeitet wurden. Das „Window of Opportunity“ hat sich durch die Verbindung der drei Ströme geöffnet und die Politik zur Umsetzung von Reformvorschlägen gezwungen, die zuvor im Policy-Strom erarbeitet wurden.

Bei dieser Reaktion sticht auch die Geschwindigkeit hervor, mit der die Politik auf die öffentliche Aufmerksamkeit reagiert hat. Zwar ist der Klimaschutz ein wiederkehrendes Thema innerhalb des politischen Diskurses, allerdings ist die aktuelle Entwicklung ein Beispiel für die Polarisierung in der Klimapolitik. Im Gegensatz zur Atomkatastrophe in Fukushima 2011 war diesmal kein singuläres externes Ereignis der Auslöser für die schnelle Reaktion der Politik, sondern eine breit aufgestellte Bewegung von unten. Neben dem öffentlichen Druck stehen für die Parteien auch schlechte Ergebnisse bei Wahlen auf dem Spiel, die langfristig auch zu einer Machterosion innerhalb der Regierung führen könnte. Eine mögliche Kanzlerschaft des Vorsitzenden der Grünen wird bereits in den Medien diskutiert und von den politischen Gegner als Argument zur Mobilisierung der eigenen Wählerschaft genutzt (Süddeutsche 2019). Die Koalitionsverhandlungen in Sachsen nach der Landtagswahl sind ein weiteres Indiz dafür, dass eine Folge auch eine Rochade des politischen Personals nach sich ziehen kann, was eine der potentiellen Folgen eines rapiden Politikwechsels ist (Rüb 2014: 38). In Sachsen gibt es einige Kohleabbaugebiete, die direkt von einem Ausstieg betroffen werden, dennoch sieht es derzeit so aus, als würde sich dort die erste Regierungskoalition unter Beteiligung der Grünen bilden können, was das Thema in den politischen Betrieb integriert (Wulf 2019).

Um bewerten zu können, wie weitreichend die Veränderungen der politischen Agenda sind, müssen die drei Ebenen *deep core beliefs*, *policy beliefs* und *secondary aspects* betrachtet werden. Laut Rüb liegt dann ein Politikwechsel vor, wenn *deep core beliefs* oder *policy beliefs* verändert wurden. Der ideologische Kern des Seniorpartners CDU/CSU der Bundesregierung hat sich demnach nicht grundlegend verändert. Die Maßnahmen, die im Klimapaket beschlossen wurden, folgen, obwohl sie eine Reaktion auf das gesteigerte öffentliche Interesse sind, der politischen Richtlinie der CDU, in dem die Wirtschaft Vorrang hat und Eingriffe in den Markt nur in Form von Anreizen gesetzt werden. Zwischen den grundlegenden Koordinaten von Markt und Staat hat sich nichts verändert. Dennoch kann zum Beispiel die Bepreisung einer CO₂-Abgabe bei Benzin, Gas und Heizöl oder die Stärkung der Infrastruktur der Bahn als *secondary aspects* innerhalb einer Verschiebung der *policy beliefs* bezeichnet werden. Das Politikprogramm des Klimapakets ist ein Hinweis darauf, dass die Wichtigkeit des Themas auch im Hinblick auf das potentielle Wählerpotential von den Regierungsparteien erkannt wurde und sie ihren Kurs daran angepasst haben. Allerdings folgt dies eher der Logik einer Anpassung in den Schranken einer Pfadabhängigkeit, da die CO₂-Reduktion schon seit längerer Zeit auf der Agenda der Bundesregierung steht. Verändert hat sich daher nur die Dringlichkeit, mit der das Thema im Hinblick auf den Klimawandel angegangen wird. Zudem fehlt der Moment eines politischen Schocks, der ein Kennzeichen eines rapiden Politikwechsels ist (Rüb 2014: 28f.). Es besteht keine Ausnahmesituation wie bei Fukushima 2011, die die Regierung zu überraschenden Entscheidungen zwingt.

Doch wie groß ist die Chance demnach für einen rapiden Politikwechsel, unter der Berücksichtigung der Multiple-Streams-Analyse und der Erweiterung um das Konzept des rapiden Politikwechsels. Sowohl bei den Faktoren Zeit und Abweichung vom Status Quo scheint es deutliche Veränderungen im Gegensatz zum normalen Politikbetrieb zu geben, allerdings nur auf der Ebene der *policy beliefs* und *secondary aspects*. Externe Faktoren wie heiße Sommer und Dürren haben auch Milieus betroffen, zum Beispiel Landwirte durch Ernteauffälle, die sich im Bereich der Klima- und Energiepolitik selten einig sind. Durch den Protest von unten wurde dauerhaft mediale Aufmerksamkeit und Öffentlichkeit geschaffen, der in der Person Greta Thunberg eine Repräsentationsfigur gefunden hat. Im Gegensatz zur sogenannten Energiewende 2011 lässt sich aber nicht von einer spontanen Reaktion sprechen, da die Dauer der Proteste und die Debatte um den Umgang mit dem Klimawandel langwierig sind und nicht durch ein singuläres Ereignis wie der Atomkatastrophe in Fukushima ausgelöst wurde.

Prognosen großer Veränderungen in der Politik sind schwierig bis unmöglich. Mehrere Indikatoren, die im Konzept des rapiden Politikwechsels genannt werden, lassen sich in der derzeitigen Debatte wiedererkennen. Es scheint aktuell ein „Window of Opportunity“ offen zu stehen. Der entscheidende Moment, um bewerten zu können, ob das Potential eines rapiden Politikwechsels vorhanden ist, lässt sich erst bemessen, wenn „ein Sachverhalt auf die Entscheidungsagenda gelangt, dann ergibt sich hier, wie radikal eine Policy-Variation ausfällt“ (Rüb 2014: 38). Bisher gelang es jedoch nicht, trotz wiederholter Bekenntnisse, wie zum Beispiel die Reduzierung von Treibhausgasen um 40 Prozent bis 2020, oder durch Maßnahmen, wie die Einführung eines EU-weiten Emissionshandelssystem 2007, die selbstgesteckten Ziele auf bewährtem Weg zu erreichen (Fischer 2011). Dennoch wird Deutschland auch als Vorreiter in der Klimapolitik bezeichnet, die sich jedoch wirtschaftlichen Interessen unterzuordnen hat, was sich im Klimapaket widerspiegelt (Böhler-Baedeker/Mersmann 2013). Diese Halbherzigkeit bietet weiterhin Angriffsfläche für Umweltbewegungen wie Fridays for Future, da die Regierung Grund zum Zweifel an ihrer Glaubwürdigkeit hinsichtlich der Zusagen zum Klimaschutz lässt. Die Regierung verfolgt aber allen Anzeichen nach die Strategie, die öffentlicher Meinung in eine Politik der kleinen Schritte zu integrieren. Damit soll politischen Konkurrenten Wind aus den Segeln genommen werden sowie der öffentlich wirksamen Klimabewegung gezeigt werden, dass ihre Forderungen vom politische Zentrum wahrgenommen und bearbeitet werden.

Weiterhin gibt es zwei Folgen, die ein Hinweis auf einen rapiden Politikwechsel sein können. Zum einen der Wechsel des politischen Personals, zum anderen eine Veränderung der Präferenzen vor Wahlen. Beide Konsequenzen lassen sich derzeit noch nicht bewerten, jedoch lassen sich Tendenzen erkennen. Das Umfragehoch der Grünen ist eine direkte Folge der Debatte um den Klimawandel und die Klima- und Energie-politik der Regierung. Dabei wird auch über mögliche Regierungsbeteiligung, demnach um die Besetzung des politischen Personals in Landesregierungen diskutiert. Betrachtet man die Veränderung der Präferenzen vor Wahlen wird deutlich, dass sich auch Parteien, deren Profil sich im Gegensatz zu den Grünen nicht über Umwelt- und Klimapolitik definiert, die Zeichen der Zeit erkannt haben und politische Vorschläge und Reformen vorschlagen. Zu nennen wäre hier das kürzlich beschlossene Klimapaket der Bundesregierung.

4. Ausblick/Fazit: Besteht die Möglichkeit eines rapiden Politikwechsels?

Zwar konnte Fridays for Future als Bewegung von unten mit der Unterstützung von institutionalisierten Akteuren wie Umweltverbänden oder Wissenschaftlern das Thema Klimaschutz

auf der politischen Agenda positionieren, indem die drei Ströme der Multiple-Stream-Analyse verbunden wurden und sich ein „Window of Opportunity“ geöffnet hat, allerdings ist mit Hinblick auf das Konzept des rapiden Politikwechsels mit keinem solchen zu rechnen. Der Hype um Greta Thunberg könnte als Momentum gesehen werden, da dadurch kurzzeitig und unvorhergesehen die Spielregeln der Politik verändert wurden. Bezogen auf die Dauer der Debatte entspricht die Klimaprotest jedoch keinem externen, politischen oder gesellschaftlichen Schock, der die Politik so sehr unter Druck setzt, dass sie sich zu akuten Handlungen und Entscheidungen gezwungen fühlt. Die Reaktion der Bundesregierung mit einem Maßnahmenpaket nehmen genau das Momentum, welches die Klimabewegung benötigt, um ihren Druck aufrecht zu erhalten. Letztendlich lässt sich vorsichtig prognostizieren, dass langfristig andere Themen die Debatte ums Klima auf der Agenda ablösen werden. Der Zeitraum einer politischen Reaktion hat zu lange gedauert, um die Regierung so sehr unter Druck zu setzen, um eine umfassende Abweichung vom Status Quo zu provozieren. So sind zwei entscheidende Faktoren eines rapiden Politikwechsels, Zeit und Umfang der Maßnahmen, in der derzeitigen Situation nicht in dem nötigen Ausmaß erfüllt und schmälern die Wahrscheinlichkeit eines rapiden Politikwechsels deutlich.

5. Literaturverzeichnis

ApuZ (2011): Ende des Atomzeitalters? APuZ 46-47/2011, Url:

<https://www.bpb.de/apuz/59674/ende-des-atomzeitalters> (zuletzt aufgerufen am 03.09.2019).

Böhler-Baedecker, Susanna & Mersman, Florian (2013): Ein Ziel, viele Strategien. Klimapolitik in Deutschland. In: Dossier Klimawandel der Bundeszentrale für politische Bildung, Url:

<https://www.bpb.de/gesellschaft/umwelt/klimawandel/38554/klimapolitik-in-deutschland> (zuletzt aufgerufen am 03.09.2019).

Bruhns, Hardo/Keilhacker, Martin 2011: „Energiewende“: Wohin führt der Weg? In: APuZ 46-47/2011, Bonn.

Bundesgesetzblatt (2011): Dreizehntes Gesetz zur Änderung des Atomgesetz. Jahrgang 2011 Teil I, Nr. 43, Bonn.

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (2001): Vereinbarung zwischen der Bundesregierung und den Energieversorgungsunternehmen vom 14. Juni 2000.

Bundesregierung: Klimaschutzprogramm 2030 der Bundesregierung zur Umsetzung des Klimaschutzplans 2050. Url:

<https://www.bundesregierung.de/resource/blob/975226/1679914/e01d6bd855f09bf05cf7498e06d0a3ff/2019-10-09-klima-massnahmen-data.pdf?download=1> (zuletzt aufgerufen am 21.10.2019).

DGB: Kampagne Mindestlohn. Url: <https://www.dgb.de/schwerpunkt/mindestlohn/kampagne>.

Engemann, Marco (2019): Krise in der Autoindustrie verschärft sich. Deutsche Welle vom 12.06.2019, Url: <https://www.dw.com/de/krise-in-der-autoindustrie-versch%C3%A4rft-sich/a-49154828> (zuletzt aufgerufen am 03.09.2019).

Fischer, Severin: Die Energiewende und Europa. Dissertation.

Fischer, Severin 2011: Außenseiter oder Spitzenreiter? Das "Modell Deutschland" und die europäische Energiepolitik. In APuZ 46-47/2011, Bonn.

Gerschewski J. (2016): Pfadabhängigkeit in der Vergleichenden Politikwissenschaft. In: Lauth HJ., Kneuer M., Pickel G. (eds) Handbuch Vergleichende Politikwissenschaft. Springer Reference Sozialwissenschaften. Springer VS, Wiesbaden

Kingdon, John W. (1984): Agendas, Alternatives and Public Policies. Little, Brown and Company, Boston.

Korte, Karl-Rudolf (2011): Risiko als Regelfall. Über Entscheidungszumutungen in der Politik, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft 21 (3).

Muno, Wolfgang (2010): Umweltpolitik. In Lauth, Hans-Joachim.: Vergleichende Regierungslehre. Wiesbaden: Springer VS.

Laux, Henning; Rosa, Hartmut (2009): »Die beschleunigte Demokratie – Überlegungen zur Wirtschaftskrise«, in WSI Mitteilungen 10/2009, S.547–533.

Rüb, Friedbert W. (Hrsg.) (2014): Rapide Politikwechsel in der Bundesrepublik. Theoretischer Rahmen und empirische Befunde, Zeitschrift für Politik, Sonderband 6, Baden-Baden: Nomos.

Rüb, Friedbert W./Herweg, Nicole/Zohlhöfer, Reimut (2015): Theoretically refining the multiple streams framework: An introduction. In: European Journal of Political Research 54(3), S. 412-418.

Rüb, Friedbert W. (2016): Agenda-Setting and Policy-Making in Time: What the Multiple-Streams Approach Can Tell Us - and What it Cannot. In: Reimut Zohlhöfer/Friedbert W. Rüb (Hg.): Assessing the Multiple-Streams Framework. Decision-Making under Ambiguity and Time Constraints, Colchester: ECPR Press, S. 51-70.

Scientists for Future 2019: Url: <https://www.scientists4future.org/>.

Schmidt, Manfred G. (2012): Immer noch auf dem »mittleren Weg«? Von der Linksverschiebung in der Staatstätigkeit der zweiten Großen Koalition, in: Eckard Jesse / Roland Sturm (Hg.), Bilanz der Bundestagswahl 2009. Voraussetzungen – Ergebnisse – Folgen, Baden-Baden, S.337-349.

Spiegel Online (2019): Wirtschaftsforscher rechnen mit Rezession. 28.08.2019, Url: <https://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/diw-forscher-rechnen-mit-rezession-in-deutschland-a-1284063.html>

Süddeutsche Zeitung 2019: "Der eine ist so gut wie der andere", Die Grünen und die Kanzlerfrage. Url: <https://www.sueddeutsche.de/politik/kanzler-kandidatur-die-gruenen-habeck-baerbock-1.4558866> (zuletzt aufgerufen am 21.10.2019).

Tagesspiegel (2019): <https://www.tagesspiegel.de/politik/spd-plant-vermoeigensteuer-ein-prozent-auf-alles-fuer-multimillionaere/24943320.html>

Tsebelis, George (2002): Veto Players. How Political Institutions Work, Princeton.

Umweltbundesamt (2019): Klimaschutz Und Kohleausstieg: Politische Strategien Und Maßnahmen Bis 2030 Und Darüber Hinaus : Abschlussbericht. Abschlussdatum: April 2018. Dessau-Roßlau: Umweltbundesamt.

Vitzthum, Thomas (2019): Das fordert die CSU in ihrem Klimaschutzkonzept. Welt.de vom 03.09.2019, Url: <https://www.welt.de/politik/deutschland/article199583482/Klimaschutzkonzept-der-CSU-Billigere-Bahntickets-teurere-Fluege.html> (zuletzt aufgerufen am 03.09.2019).

von Beyme, Klaus (2010): Parlamente. In Lauth, Hans-Joachim.: Vergleichende Regierungslehre. Wiesbaden: Springer VS.

Weiß, H.-J., Markutzyk, S., & Schwotzer, B. (2014). Deutscher Atomausstieg made in Japan? Zur Rolle von Fukushima als Schlüsselereignis in der Medienberichterstattung über die deutsche Atomdebatte 2011. In J. Wolling, & D. Arlt (Hrsg.), Fukushima und die Folgen - Medienberichterstattung, Öffentliche Meinung, Politische Konsequenzen (S. 79-99). Ilmenau: Univ.-Verl. Ilmenau. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-49396-4>

Webseite der CSU: "Wir wollen einen Klimabonus". Söder im Interview. Url:
<https://www.csu.de/aktuell/meldungen/august-2019/wir-wollen-einen-klimabonus/>

Weiß, H., Wolling, J., & Arlt, D. (2014). Deutscher Atomausstieg made in Japan? Zur Rolle von Fukushima als Schlüsselereignis in der Medienberichterstattung über die deutsche Atomdebatte 2011. Ilmenau: Univ.-Verl. Ilmenau.

Welt.de: "Meine Damen und Herren, bitte lassen sie Frau Neubauer zu Ende reden". Welt.de vom 03.05.2019, Url: <https://www.welt.de/politik/deutschland/article192890953/Fridays-For-Future-gegen-RWE-Meine-Damen-und-Herren-bitte-lassen-Sie-Frau-Neubauer-zu-Ende-reden.html>
(zuletzt aufgerufen am 21.09.2019).

Wulf, Astrid 2019: Koalitionsverhandlungen in Sachsen beginnen. In MDR Aktuell vom 21.10.2019, Url: <https://www.mdr.de/nachrichten/politik/regional/sachsen-koalitionsverhandlungen-beginn-100.html> (zuletzt aufgerufen am 21.10.2019).